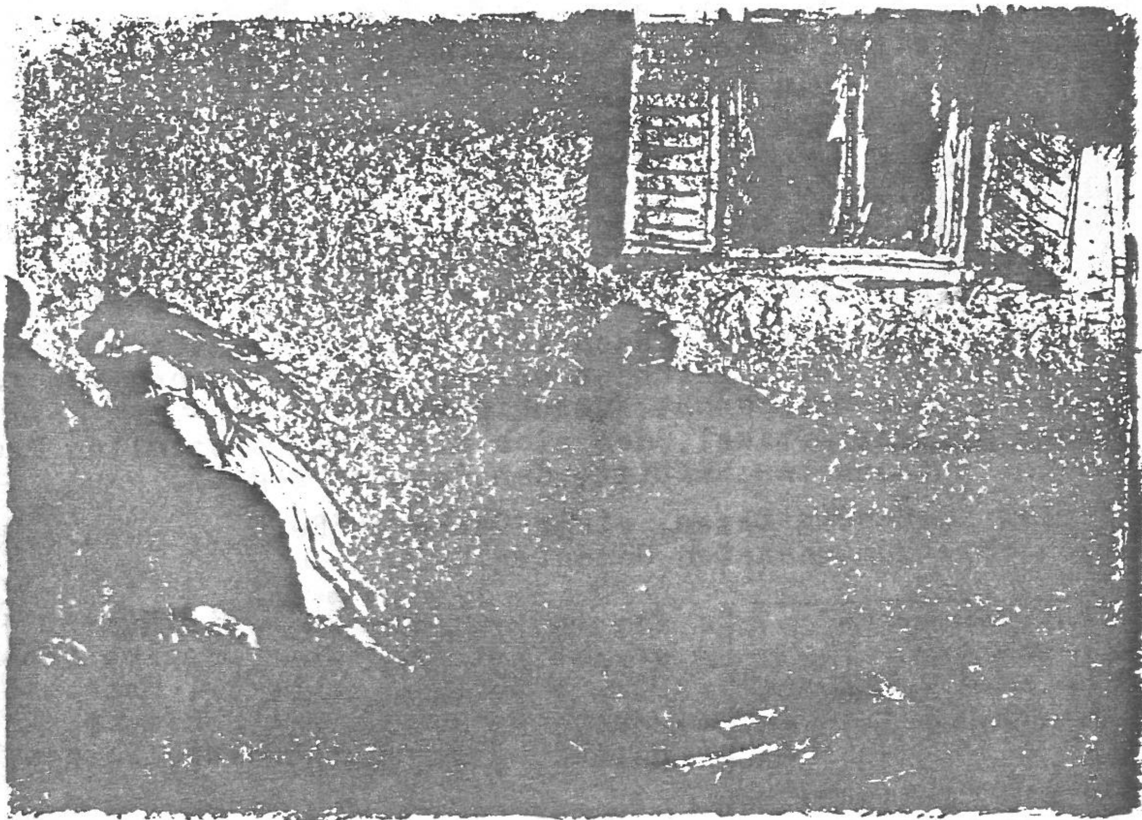
SPRINGENDE PUNKT
DER SPRINGENDE PUNKT

Nr. 40 Juni 83



»Was rennt das Volk ...«
Zeichnung: 1934
Abb. in: Fischer. Taf. 63

HERAUSGEBER:
ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS
DER MEDIZINISCHEN HOCHSCHULE LÜBECK

EDITORIAL + INHALT

Im letzten SpriPu haben wir noch gehofft in gleicher Form erscheinen zu können, jetzt verwirklichen wir es. D.h. konkret, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nichts ereignet hat, was wir als Reaktion auf den Brief von Uwe, Harald und Achus werten müßten.

Diese Nummer des SpriPu fällt etwas dünner aus, das liegt wohl teilweise an der Ferienstimmung, sowie dem Frust in der Redaktion. Immer wieder mußten wir Termine verschieben, da noch keine Artikel da waren oder sogar die Leute fehlten. Wir sind einfach zu wenig!!!!!! Rafft euch mal auf und seht im nächsten Semester mal in die Redaktion. (Jedes Semester das Gleiche, die gleichen Appelle.)

Im Mittelpunkt dieser Nummer steht das Thema "Zivilistenmord" oder in der Amtssprache "Zivilschutz". Dies aus aktuellem Anlaß: Am Samstag, den 25.6. findet auf dem Gelände der MHL die Veranstaltung "Ärztliche und organisatorische Probleme beim Großunfall" statt.(seht dazu das spezielle Flugblatt des ASTA's).
Wir durchleuten im SpriPu nicht die medizinischen Probleme auf diesem Gebiet, sondern stellen den engen Zusammenhang zum allgemeinen Zivilschutz dar.

Desweiteren führen wir die Diskussion über die Gewalt fort mit einem Artikel von Theodor Ebert, dem "gewaltfreien Papst" der Bewegung. Auf der Wahlversammlung wurde versucht, diese Problematik zu einem Wahlkampfthema zu machen. Dies wird fehlschlagen, denn diese Diskussion ist in Hinsicht auf die Vernichtung der Menschheit durch Bomben, sowie auch in Hinsicht auf den "heißen" Herbst dringenst notwendig.

Beim Lay out des SpriPu kam die Nachricht, daß gerade überall an der Ostseeküste Anzeichen dafür gefunden werden, daß auf Grund von zu wenig Sauerstoff das Meer droht,"umzukippen".
Dazu paßt unser dritter Artikel, der sich mit einem speziellen Problem der Umweltverschmutzung beschäftigt, dem "sauren Regen".

Wie immer: viel Spaß beim Lesen, viele Denkanstöße,
Schöne Ferien. Bis zum nächsten Semester.

Der Springende Punkt erscheint im SS zweimal und im WS dreimal.
Die Mitglieder der Redaktion werden für ein Semester vom Studentenparlament gewählt.
Die Entscheidung über Form und Inhalt der Zeitung bleibt der Redaktion vorbehalten.
Die einzelnen Artikel sind nicht namentlich gekennzeichnet. Dieser Beschluß wurde gefaßt, um den/die Verfasser/in vor eventuellen Repressalien zu schützen, die es leider in der Vergangenheit schon gab. Im übrigen deckt sich die Meinung in den Artikeln im Großen und Ganzen mit der der Redaktionsmitglier.
Die Namen der Redaktionsmitglieder und der Personen, die an der jeweiligen Ausgabe mitgearbeitet haben, werden in jeder Nummer im Editorial veröffentlicht.
Wer Artikel oder Leserbriefe schreiben will, soll bitte folgendes beachten: 1 1/2 Zeilenabstand, 11cm Breite. Die Termine zum Redaktionsschluß werden öffentlich bekanntgegeben.

Dieser Spri-Pu trägt die Nummer 40. Mitgearbeitet an dieser Ausgabe haben: Ulrike Weißen[illegible]-Meyer, Hanno Schwalm, Sabine Re[illegible], [illegible]bert Kuhlmann, Andreas Gathen, Kirsten Bödecker, Jürgen Bense

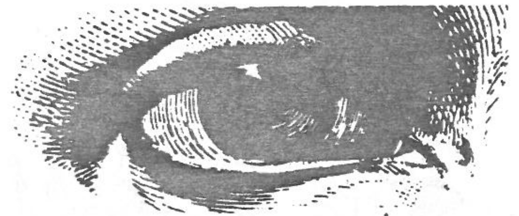
Inhalt

V.i.S.d.P.: AStA der MHL, Ratzeburger Allee 160, 2400 Lübeck
Druck: AStA - Druck

Zivilisten-MORD statt Zivilschutz

"Die Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Spannungs- und Verteidigungsfall sind sehr vielfältig. Intensive Vorbereitungen bereits in Friedenszeiten sind daher unvermeidlich. Diese sind nur möglich in direkter enger Zusammenarbeit aller beteiligten Insttutionen. Erinnern wir uns an einen Ausspruch des Generalfeldmarschalls Rommel: "W a s i m F r i e d e n g e ü b t w i r d, d a s e r s p a r t B l u t !" Handeln wir danach!"

Hugo M. Schnell, in Europäische Wehrkunde 11/77



Im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Chirurgie, des Zivilschutzamtes, der Ärztekammer Schleswig-Holstein und des Senats der Hansestadt Lübeck "Ärztliche und organisatorische Probleme beim Großunfall" vom 25. Juni 83 (siehe dazu das ASTA - Info zu diesem Thema) haben wir uns etwas tiefer in diese Problematik eingearbeitet.
Wir sehen dieses Seminar im Rahmen einer allgemeinen Kriegsvorbereitung, die nicht nur den medizinischen Sektor berührt.
Diese Vorbereitung läuft auf

- psychologischem Sektor (immer mehr wird über die Möglichkeit eines Krieges gesprochen, sogar über die Gewinnbarkeit desselben),
- technischem Gebiet (Polizei und Bundesgrenzschutz werden immer besser ausgerüstet, um notfalls mit den richtigen Waffen Ruhe im Lande zu schaffen),
- bürokratischem Gebiet (Lebensmittelkarten werden gedruckt, Beamten jetzt schon eingeteilt, Valium in großen Mengen gelagert).

Also auf vielfältigste Art und Weise wird in der BRD der Ernstfall, der Krieg geprobt. Und dies unter Ausschluß der Öffentlichkeit.
Nur hin und wieder kommt Erschreckendes an das Tageslicht.
Dies wollen wir in diesem Artikel kurz zusammenfassen.

A. Gesetzliche Grundlagen

Am 30. Mai 68 werden von der großen Koalition CDU/SPD die Notstandsgesetze verabschiedet. Dies war erst zu diesem Zeitpunkt möglich, da dazu eine 2/3 Mehrheit im Bundestag erforderlich war. Böse Zungen behaupten ja, daß diese Koalition nur wegen dieser Problematik entstanden ist. Die SPD mußte und wollte ja scheinbar auch, dieser Gesetzgebung als "Mitbringsel in die Ehe" zustimmen.

Als Rahmen für diese Gesetze gelten die Sicherstellungsgesetze für Wasser, Wirtschaft, Ernährung und Verkehr als Grundlage zur "Deckung des materiellen Bedarfs der Verteidigung" (schon vor 68 verabschiedet) und Ausführungsbestimmungen, sowie konkret Verordnungen, die in später-

KRIEGSVORBEREITUNG

1. In Friedenszeiten gelten schon die Sicherstellungsgesetze (das Gesundheitssicherstellungsgesetz konnte bis jetzt auf Grund der ablehnenden Öffentlichkeit nicht verabschiedet werden), nach denen Vorräte an Wasser, Energien (Gas, Öl, Elektrizität), Lebensmitteln etc in den Städten und Gemeinden gelagert werden müssen.
Konkret heißt das, daß Lebensmittelkarten gedruckt werden, es bestehen Auskunfts-, Buchführungs- und Meldepflichten für die Industrie (erstaunlich wie die sich rein-



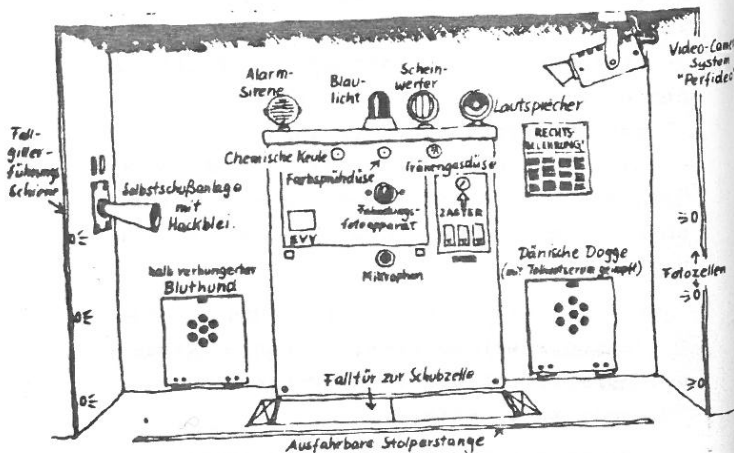
reden lassen!), ein Sonderfernmeldenetz wurde errichtet, sowie Behelfsbrücken, Zufahrtsstraßen und elf Nothäfen an der Küste.
Dies alles dient aber gleichzeitig oder sogar eher militärischen Gesichtspunkten, da Autobahnen, Schienennetze und Flughäfen (Startbahn West) sich für Aufmarschpläne eignen.

2. In Krisenzeiten, von der Bundesregierung ohne Zustimmung des Parlamentes ausrufbar, muß der Staat "imstande sein, sein Abwehrpotential entsprechend dem Grad der Zuspitzung einer solchen Krise stufenweise bereitzustellen". Eine Krise ist z.B. dei Kuba - Krise 62 oder die Besetzung der CSSR 68.

Ob diese Pläne der Entspannung oder die Krisensituation erst "heiß" machen, müßt ihr selbst beurteilen:
LKW's, Baumaschinen und andere Güter können beansprucht werden (in Hamburg wird höchst wahrscheinlich noch diese Jahr mit der Verschickung von Vorab - Bescheiden begonnen), Grundstücke können beansprucht werden und alle Beschränkungen für Manöver sind aufgehoben.
Alle Wehrpflichtigen im Alter von 16 - 60 Jahren können unbegrenzt zu Wehrübungen einberufen werden. Die Zivilbevölkerung darf ihrenAufenthaltsort nicht mehr verlassen (Stay-Put-Anordnung).

Dies alles kann vom Bundestag verabschiedet werden, brauch aber nicht, da die "Nato-Klausel" der Nato die Möglichkeit ein-Alarmbeschlusses gibt.
Desweiteren kann die Nato Gebiete evakuieren lassen(z.B. Grenzgebiete zur DDR), die US-Streitkräfte werden in Krisensituationen in der BRD von 300 000 auf 600 000, die Kampfflugzeuge von 720 auf ´030 erhöht.
Entspannung kann so grenzenlos sein!

3. Im Spannungsfall (nach Art. 80a nicht näher definiert, also an keine konkreten Voraussetzungen gebunden) treten nur zwei Neuerungen ein. a) das Arbeitssicherstellungsgesetz (Zwangsverpflichtung in bestimmte Arbeitsverhältnisse) und b) ist der Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren erlaubt, um Aufständische zu "Beruhigen" und wichtige zivile Einrichtungen zu schützen.
Erstaunlich: es gibt keine Bestimmungen zur Aufhebung des Spannungsfalls. Aber dies wird auch nicht nötig sein, denn beabsichtigt ist die Generalmobilmachung oder die förmliche Kriegsdrohung, die natürlich außenpolitische Konsequenzen hat. Das Hinübergleiten in den Kriegsfall ist nicht mehr zu verhindern.



– Eingang zum öffentlichen (!) Zivilschutzbunker –

4. Im Kriegsfall (oder offiziell: Verteidigungsfall) werden alle Grundrechte des einzelnen ausgesetzt.

Einen wichtigen Einzelpunkt wollen wir hier noch aufführen, der im Grunde die Machtverhältnisse in der BRD aufzeigt:
Die Nato-Truppen brauchen noch nicht die höchste Alarmstufe erhalten zu haben, so kann jedoch der US-Oberbefehlshaber (in Personalunion Nato-Oberbefehlshaber) bei seinen Streitkräften Kriegsfall auslösen. Diese Truppen beinhalten hauptsächlich die Atomwaffenverbände und was dies heißt dürfte jedem klar sein: K R I E G !

B. Vorbereitungen in Friedenszeiten

Der Zivilschutz, so könnte man auf Grund des Wortes glauben, ist dafür da, die Zivilbevölkerung zu schützen. Die Hauptaufgaben sind jedoch "... die Krisenbewältigung und ihr Beitrag zur Herstellung und Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft." (Herr Eichstädt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung)
Desweiteren: "Kann die zivile Verteidigung die ihr im Verteidigungsfall zukommende Aufgabe nicht erfüllen., so wird dadurch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung untergraben und die Durchführung des militärischen Verteidigungsauftrages beeinträchtigt." (Europäische Wehrkunde 8/77)



Kein Wort von Zivilbevölkerung!

Dies kann man auch den Berichten zu den großen Nato-Manövern entnehmen.

1966 Nato-Stabsrahmenübung FALLEX

Im Osten lauert der Feind. Im Landesinneren gibt es Demonstrationen, der Generalstreik wird ausgerufen (Dolchstoß-Legende). Die Bundeswehr muß sich den Weg durch die Bevölkerung freischießen.

1973 Nato-Übung WINTEX

Starke Unruhen bei den Gastarbeitern, die in ihre Heimat wollen. Ungelenkte Bevölkerungsbewegungen. Chaos. Streiks. Sabotage. Demos. Der Aufmarsch der Truppen wird um 12 Stunden verzögert. Feldjäger werden gegen die Bevölkerung eingesetzt. Die ersten Toten. (Zitat von Helmut Schmidt zu dieser Thematik: Offiziere, deutsche Offiziere, die dieses Planspiel vorbereiten mußten, haben dabei geweint! Sie mußten sich nämlich realistisch darauf einstellen, daß sie der Hunderttausende Flüchtlingen auf den Straßen nicht anders Herr werden konnten, als sie durch die [illegible] von den Straßen zu fegen.")

1979 Nato-Übung WINTEX

Lebensmittelrationierung wird in einem Verdener Kaufhaus geübt, Pressehäuser werden geschützt (wessen? Springer in Berlin!). Düsseldorfer Flugplatz wird durch Polizei abgeriegelt.

Sind das nur Planspiele im Sandkasten?

Es gibt ein Studie des Zivilschutzamtes, die aufs genauseste berechnet, welche ungelenkte Bevölkerungsbewegungen einsetzen werden.
Es wird z.B. angenommen, daß das norddeutsche Gebiet um Hamburg, Hannover und Bremen für die Aufmarsche der Truppen sehr schwierig sein wird.
Logisch: Hamburg, einer der größten Kriegsmittelhersteller soll nicht evakuiert werden. Trotz dem lohnenden Ziel für die UdSSR!

Was wäre denn mit Lübeck?
In Kellinghusen liegen Atomsprengkörper, die eine Reichweite von 30 km haben. Ziel: Zonenrandgebiet, also auch Lübeck.
Was soll denn die Bevölkerung machen? Hier bleiben und sich vergiften lassen?
Sie wird sich natürlich in Bewegung setzen. Nur nach den Plänen der"Zivilverteidigung" wird sie nicht weit kommen.
Sie soll mit besonderen Waffen aufgehalten werden: Maschinengewehre, Granatwerfer, Handgranaten, Sprengsätze und Minen.

Z I V I L S C H U T Z ! ! ! ! !

Also: Die Polizei wird - wie auch das Territorialheer der Bundeswehr - auf den Einsatz gegen Menschenmengen vorbereitet, die im Krieg passiv flüchtend oder aktiv Widerstand leistend als innerer Feind angesehen werden.
Es bleibt fraglich, ob wir als Mediziner dann dafür eingesetzt werden, diese Leute wieder zusammenzuflicken. Unseren Zweifel kann keiner übel nehmen. Was soll es für einen Zweck haben? Um sie wieder vor die Maschinengewehre zu jagen?

Als Abschlußbonbon wollen wir ein Zitat von W. Siedschlag, Regierungsdirektor an der Akademie für Zivile Verteidigung,abdrucken:
"Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch de Aufrecherhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall zugute."

Das gleiche gilt für Großdemos und ähnlichen Aktionen.

Tun wir ein gutes Werk und lassen sie weiter üben, indem wir unsere Meinung zu dem ganzen Scheiß äußern. In vielfältigen Aktionen. Im Ernstfall haben wir keine Chance mehr daz

Um den Theoretischen Artikel zum"Zivilistenmord" den Lesern näher zu bringen, drucken wir auf den nächsten Seiten ein Szenario ab, das wir einer Broschüre der GAL Hamburg entnommen haben (Der Tag "X" hat schon begonnen).
Die Redaktion war nicht ganz mit dem teilweise theatralischen Stil, sowie der zu kurzen Abfassung von wichtigen Einzelpunkten (Einberufung, Problem wegen dem Kind, konkrete Angst)einverstanden.
Wir haben uns dann doch zum Abdruck entschlossen, da wir merkten, daß wir recht betroffen von dem Szenario waren.

Wenn es soweit ist ...

Ein Szenario

GAL-AG Frieden

Gundula (30 Jahre) geht mit nachdenklicher Miene nach Hause. In der Hand die Frankfurter Rundschau, überfliegt sie immer wieder die Schlagzeilen: **»Kommt jetzt Krieg? — die Lage am Golf spitzt sich weiter zu — US-Army macht ihre Verbände mobil — die US-Flotte läuft aus — Bundesregierung trifft sich zu geheimer Kabinettssitzung«.** Seit Wochen geht das schon so. In ihrer WG angekommen, bespricht sie sich mit den anderen. Stefan erzählt, daß morgen eine Demo gegen die Kriegstreibereien angesetzt ist. Alle finden das gut, wollen hingehen, aber es bleibt ein mulmiges Gefühl. Andy macht noch einen Witz, daß er seinen geplanten Urlaub in Griechenland wohl in den Wind schreiben kann, denn das ganze Mittelmeergebiet ist von der NATO zum Krisengebiet erklärt worden (1), alle zivilen Flüge abgesagt, die Grenzen dicht für Ausländer.

Am nächsten Tag: Es ist Mittwoch . Ruth unterrichtet gerade ihre Abitursklasse, Gundula arbeitet als Ärztin im UKE (Universitätskrankenhaus Eppendorf), Stefan sitzt in einer Vorlesung und Andy, nachdem er sein Kind, die vierjährige Martina zur Kindergruppe gebracht hat, ist gerade in dem Mineralölbetrieb eingetroffen, wo er als Laborant und Betriebsrat arbeitet. Plötzlich heulen die Sirenen — eine Minute Dauerton. Überall große Verwirrung, — »es ist doch gar keine Übung angesagt gewesen« — bis einige auf die Idee kommen, NDR II einzuschalten (2a): **»Der Bundestag hat beschlossen, der Krisenfeststellung durch die NATO zuzustimmen und gibt bekannt, daß alle Bürger ihren Wohnort bis auf weiteres nicht zu verlassen haben — weitere Anordnungen folgen. Bitte bewahren sie Ruhe«** (2). Es folgen aktuelle Meldungen zur Front in Nahost.

In den überall anlaufenden Diskussionen tönt der nächste Sirenenton, wieder Radio einschalten, diesmal ist man schon geübter. Die Durchsage von vorhin wird wiederholt und weiter heißt es: **»Auf Anordnung des Bundesinnenministers und des Bundeswirtschaftsministers werden ab sofort Lebensmittelkarten ausgegeben, der freie Einkauf und Verkauf von Waren ist ab sofort untersagt«** (3).

Die Geschäftsleitung fordert kurz danach Andy und seine übrigen Betriebsrats-Kollegen zu einer Besprechung auf. Dort werden ihnen vorbereitete Aushänge vorgelegt, nachdem die Mitarbeiter ab sofort auf ihren Arbeitsplätzen dienstverpflichtet sind, Kündigungen und Arbeitsplatzwechsel also verboten (4) und bei Krankheit der Vertrauensarzt der Firma aufzusuchen ist (5). Auf die erstaunte Nachfrage seitens der Kollegen, daß ihnen derartige Anordnungen nicht bekannt seien, antwortete die Geschäftsleitung, heute nachmittag noch werde der Bundestag einen entsprechenden Beschluß fassen (6).

Auch Gundula muß zur dienstlichen Besprechung im Krankenhaus. Dort erklärt der Chefarzt dem anwesenden Personal, daß alle Patienten, die halbwegs transportfähig seien, nach Hause entlassen werden, während die Schwerkranken in einem gesonderten Raum verlegt würden (7). Neuaufnahmen bedürfen ab sofort der Zustimmung des zentrales Einsatzstabes für das Gesundheitswesen. Das UKE ist für die Behandlung der Soldaten vorrangig vorgesehen. Das Personal wird dienstverpflichtet und als Behandlungsrichtlinie die **zentrale Dienstvorschrift der Bundeswehr — 49/50** ausgegeben, d.h. Selektion der Verletzten nach militärischen Interessen (8).

Für den Nachmittag ist die erste Großübung — massenhafter Anfall von Verletzten unter Anwendung der Triage — angesagt. »Nun können wir endlich unsere Kenntnisse aus der Fortbildung in Katastrophenmedizin praktisch unter Beweis stellen« erklärt der Chefarzt zynisch. Gundula denkt daran, wie sie und viele anderer ihrer Kollegen bislang derartige Fortbildung boykottiert haben — und jetzt?

Ruth wird direkt aus dem Unterricht zum nächsten Bezirksamt delegiert, um dort die Ausgabe der Lebensmittelkarten vorzunehmen (9). Sie trifft auf Kollegen, die genauso hilflos und verstört waren wie sie. Keiner hatte sich das träumen lassen. Dabei wollten sie doch heute zur Demo.

Bei Stefan an der Uni beschließen die Studenten, geschlossen an der Demo teilzunehmen und gleich loszuziehen. Doch sie kommen gar nicht erst vom Uni-Gelände herunter. Draußen sind Polizei und Bundesgrenzschutz mit Schützenpanzern und Wasserwe... aufgefahren (10). Aus dem Megaphon schreit es: »Die GRÜNEN, Veranstalter der Demonstration sind heute morgen als verfassungsfeindliche Organisation verboten worden (11). Alle Versammlungen unter freiem Himmel sind ab sofort im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten (12). Bewahren Sie Ruhe, gehen sie sofort auseinander, nach der dritten Aufforderung räumen wir gewaltsam«. Verblüffung, Unruhe, teilweise Panik bei den Studenten — einige drängen zum Ausgang. Da prasseln Gummigeschosse auf die Menschenmenge, Schreie, Hilferufe, die Bundesgrenzschützer entsichern ihre MP's — doch die Gummigeschosse und CN-Gasgrananten haben das ihrige schon getan (13). Schwer hustend, an Arm und Brust getroffen, wankt Stefan nach Hause. An allen Anschlagsäulen sieht er Plakate mit der Verkündung des Verbots — Unterschrift: Bundesregierung. Im seinem Briefkasten findet er den Einberufungbescheid zum Bund — morgen 6.00 Uhr Hauptbahnhof sammeln — mit dem Poststempel von heute (14). Es heißt, nur für eine Bereitschaftsübung — aber wie lange???

Am Abend, als alle WG-Mitglieder wieder beisammen sind, tauschen sie Erfahrungen aus. »Die hatten das doch längst vorbereitet — wo her hatte denn sonst die Geschäftsleitung diese vorgedruckten Zettel?« meint Andy. »Ja, unser Chef war total cool, als hätte er das schon x-mal geübt, sehr mehrkwürdig« stimmt Gundula ihm zu. Ruth berichtet von den chaotischen Zuständen bei der Lebensmittelausgabe. Viele ältere Menschen wurden fast zerquetscht, immer wieder zurückgestoßen von Jüngeren — andere hatten keinen Personenkennzifferkarte dabei, denen durften keine Lebensmittelkarten ausgehändigt werden. »Muß doch alles seine Ordnung haben, nich'« soll der Bezirksamtsleiter mit stolz geschwellter Brust gerufen haben. Er war so richtig in seinem Bürokratenelement, erzählt Ruth. Besonders Ausländer schikanierte er extra, weil viele beim Ausfüllen der Anträge Probleme hatten, »Weiter, weiter, die lahmen Friedenszeiten sind vorbei, jetzt geht's zackig, zackig«.

Im Fernsehen erfahren sie weitere Schreckensmeldungen: »Der Bahnverkehr zwischen den Städten ist für zivile Personen eingestellt, ein allgemeines Fahrverbot für Privatfahrzeuge verhängt (15). Folgende politische Organisationen, Parteien sind seit heute morgen, 0.00 Uhr verboten: Die Grünen, DKP, KPD (usw. usf.), desgleichen alle pazifistischen Zusammenschlüsse, Sympathisantenorganisationen und ihre Publikationen«.

Als Ruth später bei einem Freund anruft, der bisher Bezirksabgeordneter der GAL in Altona gewesen war, erhält sie keinen Anschluß. Abends in der Kneipe erfährt sie dann, er und viele andere wären gleich heute morgen verhaftet worden und in ein Gefängnis außerhalb Hamburgs untergebracht. Es sollen noch viele Verhaftungen ins Haus stehen. Insbesondere Ausländer werden deportiert. Andere berichteten, daß sie kein Geld mehr von ihrer Bank holen konnten — nach dem Wirtschaftssicherstellungsgesetz sind alle Privatkonten gesperrt. Auf den großeren Straßen patrolliert jetzt Polizei und BGS, einige sahen auch schon Bundeswehrsoldaten. Alle beschaftigt Fragen wie: Was sollen wir machen — weg konnen wir ja nicht mehr — auf unsere Verhaftung warten — doch noch eine Demonstration wagen — einfach abhauen — aber wohin — zu Hause bleiben — nicht mitspielen — einfach nicht mehr zur Arbeit, nicht zum Bund gehen — was passiert dann???

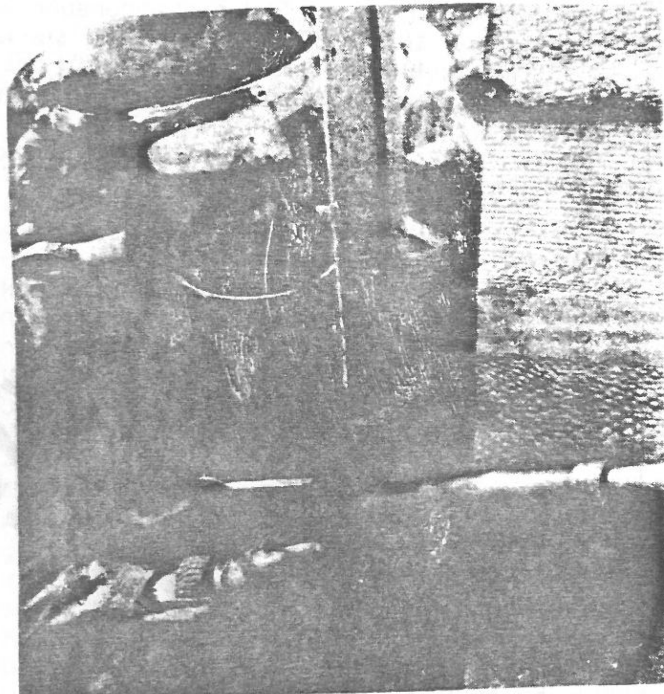
Stefan will nicht zum Bund. Doch als er am nächsten Morgen wieder die Sirene heulen hört, wiederum Radio einschaltet, hört er: **»Der Spannungsfall ist ausgerufen, die allgemeine Mobilmachung läuft an — die UdSSR will sich nicht aus dem Krisengebiet in Nahost zurückziehen — die Kämpfe eskalieren — die USA drohen den Abwurf der ersten taktischen Atombomben an — die UdSSR mobilisiert ihre Armee«.** »Jetzt gibt es kein Zurück mehr« denkt Stefan und geht immer noch nicht zur Sammelstelle. Er will nochmal schnell beim Freund wegen eines Unterschlupfes anrufen, aber das Telefon ist tot (16). Mittags kommen Feldjäger, doch Stefan ist abgehauen. **»Alle Männer von 18 bis 60 Jahren, soweit sie nicht dienstverpflichtet sind, haben sich sofort bei den Kreiswehrersatzämtern zur Einberufung zu melden«** — schallt es den ganzen Tag aus Radio und Fernseher. Dazwischen immer wieder Kriegsberichte

»Was mach' ich nur mit Martina« plagt sich Andy. »Ich bin dienstverpflichtet, kann als BR sowieso nicht weg und die Erzieherinnen in der Kindertagesstätte werden bestimmt als Schwesternhelferinnen eingezogen (17). Aber nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz können sich doch nur Frauen mit Kindern unter 15 Jahren befreien lassen — und ich??!«

Obwohl es kaum mehr Zeitungen gibt (nur doch BILD darf erscheinen), Flugblattverteiler auf der Stelle verhaftet werden, verdichtet sich immer mehr das Gerücht, daß noch heute abend eine große Demo stattfinden soll.

Da U- und S-Bahnen sowie Busse kaum noch fahren (17a), sind viel mehr Menschen als früher auf den Straßen. Am Spätnachmittag bewegen sich auffällig viele Leute mit Einkaufstaschen in eine Richtung — Richtung Rathaus. Und tatsächlich treffen über 100.000 Menschen am Abend ein. Rund herum von Polizei und Armee »bewacht«, drängen sich die Menschen auf dem Rathausplatz und in den umliegenden Straßen. Als der Redner gerade beginnen will, peitschen Schüsse über den Platz, Gaswolken legen sich über die Demonstranten, die ersten Menschen brechen sterbend zusammen, doch diesmal bricht keine Panik aus, vielmehr herrscht auf einmal eine schon unheimliche Ruhe. Das Polizeimegaphon gibt den Räumungsbefehl, doch die Menschen haken sich unter und singen. Polizei und Armee sind überrascht. Damit haben sie nicht gerechnet. Es formiert sich ein Zug, über die Elbbrücken auf's Land. »Wenn wir nicht evakuiert werden, dann machen wir es eben selber«, so rufen sie. Dann erreicht der Zug die erste Auffanglinie. Die Flüchtenden werden von wohlinstruierten Soldaten empfangen (18).

Am nächsten Morgen gibt die Bundesregierung aus ihrem Bunker in der Eifel den Eintritt des Verteidigungsfalles bekannt, weil ein Angriff durch die Truppen des Warschauer Paktes unmittelbar bevorstünde (19).



ANMERKUNGEN

1) Im Rahmen der Notstandsgesetze wurde der Art. 80 a III Grundgesetz für die BRD aufgenommen, wonach nach dem Beschluß des NATO-Rates mt Zustimmung der Bundesregierung der Krisenfall ausgerufen werden kann. Dieser Beschluß setzt dann folgende Gesetze in Kraft: Sicherstellungsgesetze für Wirtschaft, Ernährung, Verkehr und erweitertes Katastrophenschutzgesetz §12,2 (gefährdete Bevölkerungsteile können evakuiert werden). Wir vermuten hier, daß ähnliche Eingriffsmöglichkeiten der NATO auch für die übrigen Mitgliedsstaaten bestehen.

2a) Bereits in Friedenszeiten wird durch 1-minütigen Heulton angezeigt, das Radio für staatliche Durchsagen einzuschalten. Im Krisen-, Spannungs- und Verteidigungsfall dienen öffentliche Rundfunk- und Fernsehdurchsagen zusätzlich als Wege der vereinfachten

2) Beschließt der Bundestag den Eintritt der Voraussetzungen des Krisenfalles, so greift Art. 80 a I GG. (Daneben ist, wie unter 1) erwähnt, die Ausrufung des Krisenfalls per NATO-Klausel mit Zustimmung der Bundesregierung möglich.) Als vergleichbare Situationen werden in der einschlägigen Literatur die Kuba-Krise und Prag 1968 genannt. Nach übereinstimmender Auffassung gilt der Art. 80 a offiziell für den Spannungsfall, aber per Einzelbestimmung kann die Anwendung der Gesetze bereits im Krisenfall erfolgen, um »Abwehrpotential entsprechend dem Grad der Zuspitzung einer solchen Krise stufenweise bereitzustellen« (Beßlich, Gesetzliche Grundlagen der zivilen Verteidigung). Die Anwendung des Art. 80 a I ermöglicht die Inkraftsetzung folgender Ermächtigungsgesetze:
Bundesleistungsgesetz (der Staat kann einzelne Leistungen vom Bürger verlangen, z.B. Enteignung von Grundstücken)
Wehrpflichtgesetz (alle Männer von 18 - 60 Jahre werden einberufen)
Feldpostordnung
Stay-Put-Freigabe (§ 12,1 Katastrophenschutzgesetz), d.h. der Aufenthalt der Bevölkerung kann beschränkt werden.
Mit 2/3 Mehrheitsbeschluß des Bundestages kann auch das Arbeitssicherstellungsgesetz in Kraft treten (Festhalten am Arbeitsplatz, Möglichkeiten der Dienstverpflichtung für Männer an andere Arbeitsplätze, Frauen können aber erst im Verteidigungsfall für das Sanitätswesen zwangsverpflichtet werden. Vorher können sie jedoch auf ihren bisherigen Arbeitsplatz dienstverpflichtet werden).
Außerdem gelten die durch die NATO-Klausel in Kraft gesetzten Sicherstellungsgesetze in dieser Geschichte zusätzlich. Einzelne Ermächtigungsgesetze können zudem von den jeweiligen Bundesministern in Kraft gesetzt werden.

Obwohl im Gesetz die Rechtswirkung nach Bundestags- bzw. NATO-Beschluß plus Zustimmung durch die Bundesregierung aufgeschlüsselt ist, ist in der Praxis realistischerweise von einem Ineinandergreifen auszugehen.

3) Gebunden an den Art. 80 a sieht das Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WirtSIG) vor: §1 - Die Zuteilung, Lieferung, der Bezug und die Verwendung von Waren der gewerblichen Wirtschaft, von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie von elektrischer Energie kann beschränkt werden.
Die Vergabe von Versorgungskaten (Bezugsscheine für Benzin, Lebensmittelkarten u.ä.) erfolgt nach der Versorgungskarten-Verordnung des Bundes.

4) Zur »Deckung der personellen Kräftebedarfes« für die Kriegswirtschaft tritt auf Grundlage des Art. 12 a III bis VI das Arbeitssicherstellungsgesetz in Kraft, wonach Männer von 18-65 und Frauen bis 55 Jahre ohne Zustimmung des Landesarbeitsamtes (dies ist die zuständige Behörde, wo bereits heute die entsprechenden Daten gespeichert werden) ihren Arbeitsplatz nicht kündigen dürfen.

5) Für die Aufhebung der freien Arztwahl gibt es bislang noch keine gesetzliche Grundlage. Wir haben hier eine Analogie zum Nationalsozialismus gezogen. Um den Krankenstand in den kriegswichtigen Betrieben zu senken, wurde 1942 die freie Artzwahl für die Beschäftigten aufgehoben und der Besuch der betrieblichen Vertrauensärzte, die einer entsprechenden Kontrolle unterlagen, verordnet (siehe dazu »Medizin und Nationalsozialismus«, Berichte vom Gesundheitstag 1980, Band 1, S 145 ff). Das ähnliche Regelungen wieder zu erwarten sind, legen nicht zuletzt die bisherigen Entwürfe zum Gesundheitssicherstellungsgesetz nahe, wonach ein Großteil der Ärzte innerhalb der Bundeswehr dienstverpflichtet werden soll.

6) Wie schon unter 2) erwähnt, kann in Krisenzeiten das ArbSIG nur durch 2/3 Mehrheitsbeschluß des Bundestages in Kraft treten.

7) Siehe »Ärzte waren vor dem Atomkrieg — Beiträge zum 2. medizinischen Kongreß«, hier insbesondere »Katastrophenmedizin — Kriegsmedizin« von E. Weber.

8) Entsprechende Vorschriften finden sich in den Entwürfen zum Gesundheitssicherstellungsgesetz — siehe auch o.g. Broschüre.

9) In der Antwort des Senat auf die Große Anfrage der GAL wird bestätigt, daß die Ausgabe von Lebensmittelkarten in den Bezirksämtern bzw. Wahllokalen erfolgen soll und durch Beschäftigte im öffentlichen Dienst durchgeführt werden wird. Eine Heranziehung von Lehrern wird ausdrücklich bestätigt.

10) Nach dem Bundesgrenzschutzgesetz von 1951/1972 kann dieser bei inneren Unruhen, Krisen zur Unterstützung der Polizeikräfte eingesetzt werden (siehe z.B. Brokdorf-Demonstrationen) — Art. 35 II GG.

11) Gemäß Art. 21 II GG können Parteien jederzeit vom Bundesverfassungsgericht verboten werden, soweit sie als verfassungswidrig definiert werden. Diese Bestimmung dürfte in Krisenzeiten eine verschärfte Anwendung finden.

12) Nach Art. 18 GG können Grundrechte (hier Versammlungsrecht und Recht der freien Meinungsäußerung) bei Mißbrauch »verwirkt« werden. Siehe auch die heute schon ausgesprochenen Demonstrationsverbote.

13) In dem Hamburgischen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) ist vorgesehen, daß der Senat die Ermächtigung zum Einsatz besonderer Waffen erteilen kann (§27 u. § 28 SOG). Besondere Waffen sind gemäß § 18 SOG Maschinengewehre, Granatwerfer, Handgranaten, Sprengsätze, Minen. Siehe dazu auch die im Anhang dokumentierte Antwort des Senat auf die GAL-Anfrage, insbesondere hier die Antwort zu 8.

14) Gemäß dem Wehrpflichtgesetz können alle Männer von 18 bis 60 Jahren einberufen werden. Bei Anordnung der Wehrübung als Bereitschaftsdienst entfällt jede zeitliche Beschränkung, d.h. es ist ein reibungsloser Übergang zum Kriegseinsatz möglich (Beßlich,a.a.O.).

15) Gemäß der Eisenbahnverkehrsleistung-Verordnung muß die Bundesbahn ihre Leistungen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte zur Verfügung stellen. Fahrverbote zur Räumung der Straßen für den Aufmarsch der Streitkräfte sind nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz möglich.

16) Um die Kommunikationswege für die staatlichen Stellen frei zu halten und zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung«, kann die Post den privaten Telefonverkehr zentral lahm legen.

17) Nach dem ArbSIG können Frauen im Verteidigungsfall als Schwesternhelferinnen im Sanitäts- und Lazarettwesen zwangsverpflichtet werden. Von dieser Regelung werden insbesondere die Frauen betroffen sein, die bereits einen Schwesternhelferinnen-Kurs absolviert haben.

17a) Dies skizziert eine Möglichkeit der zentralen Energiebewirtschaftung (siehe dazu auch Anm. 3).

18) Nähere Informationen finden sich in der dokumentierten Anfrage der GAL sowie in dem Artikel »An der Heimatfront« in dieser Broschüre.

19) Nach Art. 115 a GG kann die Bundesregierung den V-Fall nicht erst bei direkt erfolgtem Angriff auf das Gebiet der BRD ausrufen, sondern auch schon, wenn ein unmittelbarer Angriff bevorsteht. Diese Formulierung ist so stark interpretierbar, daß damit auch ein Angriffskrieg gegen vermeintliche oder tatsächliche Manöver des Warschauer Paktes ermöglicht wird. Denn wer kontrolliert, ob ein Angriff wirklich bevorsteht?? □



THEODOR EBERT , GWALTFREIER AUFSTAND - ALTERNATIVE ZUM BÜRGERKRIEG

In den letzten Spripus, wie auch in der öffentlichen Diskussion, wurde immer wieder die Frage nach der Form des Widerstands thematisiert. Der nach nachfolgende Text stammt aus dem oben genannten Buch, erschienen 1980 in der Waldkircher Verlagsgesellschaft. Der Text stammt aus den späten 60-er Jahren, daher wohl die Bezüge zu Marcuse, oder auch die Rolle der Arbeiterklasse. Dieser Text kann zB als Diskussionsgrundlage für noch folgende Diskussionen dienen.

Theodor Ebert, geboren 1937 in Stuttgart, Prof. für polit. Wissenschaft an der FU Berlin, Schriftleitung der Zeitschrift "Gewaltfreie Aktion" , Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, stellvertretender Vors. des Versöhnungsbundes e.V. und Mitglied der Synode der EV. Kirche in Deutschland.

Merkmale der gewaltfreien, direkten Aktion

Die gewaltfreie Aktion steht im Rufe, ein »äußerst schwaches Mittel« der politischen Einflußnahme zu sein, das keine Strukturänderungen bewirken könne. Gandhis Behauptung, daß aus dem Arsenal gewaltfreier Kampftechniken »ein vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand« entwickelt werden könne, wirkt bei Etablierten und (potentiellen) Rebellen wenig überzeugend. Schuld an der Unterschätzung der Kampfkraft gewaltfreier Aktionen ist, daß man sie gefühlsmäßig mit legalen Protestaktionen identifiziert, die nur appellierenden Charakter haben, bei denen die Teilnehmer kein großes Risiko eingehen und die Presse mit »Drei-Zeilen-Meldungen« reagiert.
Wenn Angehörige des Establishments unruhigen Gruppen »Gewaltlosigkeit« empfehlen. wie es beispielsweise nach der Ermordung Martin Luther Kings und anläßlich des 100. Geburtstages Mahatma Gandhis zu beobachten war, dann geschieht dies in der Vorstellung. gewaltfreie Aktionen seien ein Ventil, durch das in ungefährlicher Weise von Zeit zu Zeit revolutionärer Dampf abgelassen werden könne. Solche systemstabilisierenden Aktivitäten gibt es, aber sie sind eine Perversion der gewaltfreien, direkten Aktion, die eine kämpferische Methode ist, um Konflikte wirklich auszutragen. Angewandt wird sie in Situationen, in denen es nicht möglich zu sein scheint, auf dem Wege der Verhandlungen, der Wahlen und Abstimmungen einen Konsensus über die soziale Gerechtigkeit und die dafür erforderlichen sozialen Wandlungen herzustellen. Die gewaltfreie Aktion hat das Ziel, in ihrem Verlauf die gesellschaftlichen Bedingungen für eine systemüberwindende Gegenmacht zu schaffen, die auf dem Wege der partizipierenden Demokratie die gesellschaftlichen Verhältnisse gerecht regeln kann.

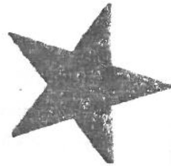
Der Rahmen, in dem sich gewaltfreie Aktionen bewegen, wird nicht von den Gesetzen des Landes bestimmt. Gesetze und Befehle



können mißachtet werden. Dabei reicht die Skala von der begrenzten Regelverletzung bis zum revolutionären zivilen Ungehorsam. Die Fehlinterpretation der gewaltfreien Aktion als grundsätzlich legale Form des Aufbegehrens ist darauf zurückzuführen. daß die gewaltfreien Aktiven in der von Herbert Marcuse kritisierten »repressiven Toleranz« nicht unbedingt eine Infamie, sondern einen taktischen Vorteil erblicken. darum den vorhandenen Toleranzspielraum maximal zu nutzen suchen und in der provokativen Regelverletzung nicht eo ipso schon eine revolutionäre Tat sehen. Schließlich unterscheidet sich der zivile Ungehorsam auch von der provokatorischen Regelverletzung dadurch, daß er sorgfältig durch ein übergeordnetes positives Recht oder durch die Berufung auf das Naturrecht und die Freiheit des Gewissens legitimiert wird.
Ob eine Aktion als gewaltfrei zu gelten hat, entscheiden für die gewaltfreien Aufständischen grundsätzlich nicht der Gesetzgeber und die Gerichte.[1] Allein maßgebend für den gewaltfreien Charakter einer Aktion ist, daß sie erstens den Gegner nicht verletzt, daß sie zweitens sich durch die konkrete Utopie einer repressionsfreien, sozialen Demokratie legitimiert und daß sie drittens allen Teilnehmern die Chance egalitärer Partizipation bietet. Diese drei Merkmale sind zu erläutern, bevor die Skala der Kampfmaßnahmen dargestellt werden kann.
Die gewaltfreie Aktion unterscheidet sich von gewaltsamen Methoden der Konfliktaustragung dadurch, daß sie den Gegnern und unbeteiligten Dritten nicht zu schaden, sondern auch ihre emanzipatorischen Interessen zu berücksichtigen sucht. Dies verbietet es, im Verlaufe von gewaltfreien Aktionen auf Personen physischen Zwang auszuüben und sie zu verletzen; oder die Ausübung von Dienstleistungen und die Herstellung und Verteilung von Gütern zu verhindern, wenn daraus eine unmittelbar lebensbedrohende Notlage entsteht. Sachbeschädigungen sind spätestens dann nicht mehr mit einer gewaltfreien Grundhaltung zu vereinbaren, wenn in ihrem Verlauf Personen verletzt werden können. Sie sollten in allen Fällen vermieden werden, in denen der emanzipatorische Charakter der Zerstörung einer breiten Öffentlichkeit nicht unmittelbar einsichtig ist. (2)

Für die gewaltfreien Aufständischen wird zwar formal der Bereich der gewaltfreien Aktion umfassender sein als für die Herrschenden, aber inhaltlich ist er sehr viel präziser definiert. Als gewaltfrei gelten nicht einfach alle diejenigen Handlungen, in denen äußerlich keine verletzende Gewalt angewandt wird, sondern nur diejenigen Aktivitäten, die sich an einer Gesellschaftsordnung orientieren, die nicht durch die Androhung gewaltsamer Sanktionen aufrechterhalten wird. Es kann also nicht das Ziel gewaltfreier Aufständischer sein, sich in ein gewaltsames System zu integrieren oder ein solches zu errichten. So galt 1963 Martin Luther Kings »Traum« von der zukünftigen amerikanischen Gesellschaft nicht der Integration der Neger in die bestehende amerikanische Gesellschaftsstruktur, sondern einem gewaltfreien Amerika der Gleichheit und Brüderlichkeit, einem Amerika, das sein wirtschaftliches und kulturelles Vermögen zum Nutzen seiner Bürger und der Menschheit einsetzt. Auch Gandhi meinte mit »Hind Swaraj« (Indische Selbstbestimmung) weit mehr als die nationale Unabhängigkeit eines indischen Klassen- und Militärstaates. »Wenn

in dem Maße, wie das in der Gesellschaft überhaupt möglich ist. Eine auf der Grundlage der Gewaltfreiheit organisierte und geleitete Gesellschaft wäre die reinste Anarchie [...] Die nächste Annäherung an die reinste Anarchie wäre eine auf Gewaltfreiheit gegründete Demokratie.« Gandhi war sich zwar auch darüber im klaren, daß die ideale gewaltfreie Gesellschaft nicht erreichbar ist, er sah aber in der bewußten Orientierung an dieser konkreten Utopie ein entscheidendes Kriterium für den gewaltfreien Charakter einer Aktion. »Die völlige Gewaltfreiheit ist, solange wir diesen Körper bewohnen, nur eine Theorie wie Euklids Punkt oder gerade Linie, doch wir müssen in jedem Augenblick unseres Lebens danach streben.« »Es wird wohl nie ein Heer von völlig gewaltfreien Personen geben. Es wird aus solchen bestehen, die sich ehrlich bemühen, gewaltfrei zu handeln.«



Dieses Bemühen, der gewaltfreien, partizipierenden Demokratie näherzukommen, wird auch schon darin deutlich, daß eine gewaltfreie Kampforganisation ihre Ziele nicht auf systemimmanenten, hierarchischen Wegen, sondern auf einem direkt vom Volke ausgehenden Weg zu verwirklichen sucht. Die französischen Syndikalisten bezeichneten als »direkte Aktionen [...] alle diejenigen Aktivitäten, an denen die Arbeiter selbst partizipieren und in denen ihre intellektuellen und moralischen Fähigkeiten allseitig geweckt und auf die Probe gestellt werden«. Wenn man an die Stelle des historischen Begriffes »Arbeiter« den Begriff »Abhängige« (die meist Lohnabhängige sind) setzt, hat diese Aussage heute noch Gültigkeit. Die Partizipation, d. h. die Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß, und die emanzipatorische Wirkung sind als die Kriterien der »Direktheit« einer Aktion anzusehen. »Das entscheidende Moment bei der direkten Aktion ist, daß die Arbeiter (beziehungsweise die Abhängigen – Th. E.) im Kollektiv als Individuen handeln und in der Aktion ihre soziale Lage zu begreifen lernen.« Gandhi und King haben als Merkmal der direkten Aktion auch hervorgehoben, daß sie egalisiere und Standesschranken abbaue. Diese Wirkung haben zwar auch revolutionäre Befreiungskriege, aber dort ist es die Egalisierung in einer neuen Abhängigkeit. Für die Altersklassen der Halbwüchsigen und Älteren und für die Frauen im allgemeinen gibt es die emanzipatorische Wirkung nur in gewaltfreien Kampagnen, in denen es mehr auf Wissen und seelische Stärke als auf die körperliche Konstitution ankommt.

---

1 So kann sich Amnesty International, die nach ihrer Satzung nur Politische Gefangene betreut, die »Gewalt nicht angewandt oder befürwortet haben«, auch nach dem Gewaltbegriff der Rechtsprechung des jeweiligen Landes richten. Nach den Intentionen der Gründer dieser Organisation können die von Gandhi oder King angewandten Kampftechniken nicht als gewaltsam bezeichnet werden.

2 Diese beiden Beschränkungen für Sachbeschädigungen im Rahmen gewaltfreier Kampagnen haben praktisch zur Folge, daß »Gewalt gegen Sachen« sorgfältig zu vermeiden gesucht wird. Bei Go-ins sind aber zuweilen begrenzte Sachbeschädigungen – wie die gewaltsame Öffnung einer Tür oder das Eindrücken einer Glasscheibe – unvermeidlich. Streng gewaltfreie Gruppen indischer Satyagrahis oder englische Atomwaffengegner haben in aller Offenheit Stacheldrahtzäune – gewissermaßen Symbole des gewaltsamen gegnerischen Systems – niedergerissen. Dies waren aber nicht spontane Zerstörungen einer Menge, sondern sorgfältig geplante Handlungen ausgewählter Gruppen.

Aus Hungerländern frisch auf den Tisch

Unser Wohlstand - Ihre Armut

Vom 28. Mai bis zum 6. Juni fand in der Diele des Zentrums in der Mengstraße eine Ausstellung unter dem Motto "Aus Hungerländern frisch auf den Tisch" statt. Trotz des recht unbequemen Themas stieß die Ausstellung auf unerwartet viel Interesse und Anteilnahme. Darüber haben wir uns von der 3.Welt-Gruppe natürlich gefreut und gesehen, daß diese Art von Öffentlichkeitsarbeit, so mühsam sie auch ist, sich doch lohnt. Das ganze Ausmaß der 3.Welt-Problematik hat uns und gewiß auch den Besuchern der Ausstellung sicher zu schaffen gemacht und bei vielen Gefühle der Ohnmacht und Hilflosigkeit angesichts der offensichtlichen Aussichtslosigkeit und ständigen Verschlechterung der Lage in den armen Ländern der Welt ausgelöst.

Wir hoffen aber, nicht Resignation ausgelöst zu haben, sondern vielmehr eine gewisse Bereitschaft, sich selbst auch ein bißchen verantwortlich für die Misere der Menschen in den Drittländern zu fühlen, und bei einigen vielleicht sogar das Bedürfnis, sich intensiver damit auseinanderzusetzen und womöglich bei uns mitzumachen.

Wir treffen uns in der ESG bis zu den Ferien vorerst noch Mittwochs um 20⁰⁰ Uhr. Unser langfristiges Ziel ist die Gründung eines 3.Welt-Ladens, wobei wir natürlich 'ne Menge tatkräftige Leute gebrauchen können.

– Übrigens, die Ausstellung befindet sich z.Zt. im Vorraum des Transitorium der MHL.

Kontaktmöglichkeit übers Auslandsreferat im Asta.



Regen: bringt Segen?

Ich bin sauer. Es ist aber auch eine Sauerei. Der Wald ist sauer, der Boden, die Luft... Es sieht so aus, als würden wir auch versauern, es bleibt uns kaum anderes übrig. Dabei haben das massive Pflanzensterben schon im vorigen Jahrhundert kompetente Leute beobachtet und beschrieben. Immerhin war man so beunruhigt,über Waldverwüstungen im Erzgebirge, daß die königliche sächsische Forstakademie 1850 einen Lehrstuhl für Pflanzenchemie einrichtete. Ende des 19. Jahrhunderts fiel ein großes Weidensterben im Bereich der Industriegebiete an Ruhr, Saar, in Oberschlesien und Mitteldeutschland auf. Spätestens 1952 wurde die lang geübte Bereitwilligkeit, Zusammenhänge zwischen massiver Luftverschmutzung und Zerstörung von Leben zu ignorieren, unmöglich: Es kam in London zur Smog-Katastrophe. 4000 Menschen starben innerhalb von 3 Tagen. 1962 folgte im Ruhrgebiet eine ähnliche Katastrophe. Dosis - Wirkungsuntersuchungen wurden auf breiter Basis begonnen. Entsprechende gesetzliche Bestimmungen zur Reduzierung der Luftverschmutzung wurden nur zögernd diskutiert. Die aufblühende Industrie sollte nicht behindert werden. Ein exotischer Pflanzenersatz. Und so langstielig - die Gewerbeaufsicht wachte fernerhin über die Abgasabführung durch ganz hohe Schornsteune. Stand dahinter die Vorstellung, man könnte der Luft ruhig viel Saures geben, sie würde es schon für sich behalten? Offensichtlich ein Holzweg: In den letzten Jahren ist das gewaltige Baumsterben im Zusammenhang mit jahrzehnterlanger Luftverschmutzung nicht mehr zu übersehen. Man kennt azch viele Einzelheiten; besonders pflanzentoxisch wirkt das SO_2. Es dampft ungehindert aus Großindustrieschornsteinen, Großfeueranlagen, Raffinerien, chemischen Großbetrieben, Müllverbrennungsanlagen, Autoauspüffen.. in die Luft. Und die wird sauer. Nach spätestens 3 Tagen gehen die SO_2 -Moleküle in Lösung, der Regen gibt Menschen, Tieren, und Pflanzen Saures. Leider macht das nicht lustig. Die Nadelbäume sind empfindlicher als andere, sie werfen ihre schwefligen Blätter nicht jeden Herbst weg. Niederschläge und Nebel werden durch die Kronenpassage entsäuert, die abgepuffete Säuremenge wird aber an der Wurzeloberfläche im Austausch gegen Ionen wieder an den Boden abgegeben und schädigt dann ubmittelbar die Wurzeln. Die niedrige Bodenvegetation dagegen ist etwas abgeschirmt, sie kriegt weniger ab. Eigentlich sind die meisten Bäume gar nicht solche Mimöschen. Sie verfügen über verschiedene Mechanismen, sich Saures vom Leibe zu halten. Sie bemühen sich um möglichst hohen pH-Wert in ihrer Umgebung, so das Kationsäuren in schwerlösliche Verbindungen ausfallen, oderbilden organische Moleküle, die mit den Säuren stabile Verbindungen eingehen. Dieses Prizip hat sich bewährt, vor allem in warmen Jahren. Dann nämlich entstehen duch erhöhte Wiederverwertung der sogenannten 'Biomasse' mehr Säuren als in kühleren Zeiten. Aber die kommen ja auch wieder, der Versauerubgsschub wird von einer Entsauerungsphase abgelöst. Pflanzen in kalk- und silikatreichen Böden waren bisher und kamen fein 'raus: Ihre gut puffernden Böden konnten eventuelle Schwankungen abfangen. Das ist jetzt alles Vergangenheit. Schließlich könnte kein Plänzchen in Mitteleuropa damit rechnen, daß 100 mal mehr Säuren auf es herunterdonnern könnte als natürlicherweise vorhanden. Diese Sauerei hat verheerende Folgen: Die sauren Waldböden verlieren ihre Nährstoffe mit dem



Sickerwasser, der Wald muß seinen Bedarf aus den Luftverunreinigungen decken. In saurem Regen lösen sich Schwermetalle (Chrom, Nickel, Kupfer, Blei..) und reichern sich in Bäumen und Humus an. Der saure Boden vermag diese 'Bereicherung'' nicht für sich behalten; er gibt Schwermetalle, Cadmium, Aluminium (ein gutes Zellgift) ab, - und alles landet im Grund- und Quellwasser. Das ganze Ökosystem gerät aus dem Geleise. Die dauernd zunehmende Säuredisposition läßt keine Chance für irgendeine Regenerationfähigkeit, die ist den kränkelnden Pflanzen sowieso schon vergangen. 560 000 ha (=10%) Wald gehören bereits jetzt schon sichtbar dazu. Seun Sterben ist das Ende einer 5 - 10jährigen Inkubation. Betroffen sind besonders ältere Bäume, ihr 'Naßkern' vergrößert sich, frißt sich bis in die wasserleitende Holzschicht unter der Rinde hoch in den Stamm hinauf, unterbricht damit die Wasserleitung des Baumes, dieser trocknet langsam aus. Bakterien, Pilze finden sich ein, der Baum mickert vor sich hin und ist viel witterungsempfindlicher als früher. Aber das ist nicht mehr lange ihr Problem - die Weißtanne ist kurz vor dem Aussterben, Fichten und Kiefern kränkeln schon lange sichtbar, die Buchen beteiligen sich nun auch. Die Immissionsschutzwälder sind leider Versager, da sie an der Luftverschmutzung, due sie mindern sollen, eingehen. Ärgerlich, aber ein liebenswerter Moechst-AG'Vertreter weiß Rat: Man könnte ja säureunempfindliche Pflanzen züchten und 'zum Glück vertragen die Pflanzen nicht unerhebliche Mengen an schädlichen Substanzen'. Westdeutsche Industrievertreter sehen die Sache noch klarer: Es gäbe ja keine Beweise dafür, daß durch Verringerung der Emmissionen der saure Regen weniger würde. Mit gewissen Zivilisationsschäden muß man wohl leben. Die Bundesregierung ist da nicht mehr so ganz sicher. Sie bittet um Investitionen bezüglich Entschwefelungsanlagen und will ja auch helfen. Die Kraftwerksbetreiber lassen bitten. Leise rieseln 3,5 Millionen Tonnen SO_2 pro Jahr auf die BRD nieder. Das wird auch genau registriert, ein interessantes Studienobjekt-. Mehr als 60 g/m^3 Luft führen zu deutlichem Wachstumsrückgang der Nadelhölzer. Dieser Wert wird in jeder 2. Meßstation bereuts überschritten. Bei Werten über 800 g wird es ein bißchen ungemütlich: Es gibt Smog-Alarm der Stufe 1, 'Bitte fahrt heute mal nicht soviel Auto'. Die Berliner sind besonders trainiert, sie atmen manchmal Luft mit über 2000 g. Die muß man wahrscheinlich gut kauen. Na ja, und die Sache mit der recht häufigen chronischen Bronchitis in Ballungsgebieten, Lungenkrebs, Anstieg der Fehlgeburten und Abnahme des Geburtsgewichts ist ja auch nicht so eindeutig. Sollte die Luftverschmutzung tatsächlich irgendein Leben bedrohen? Gefährdet die Luftreinhaltumg nicht viel mehr Arbeitsplätze? Und warum sollten wir uns um unseren eigenen Dreck kümmern, wenn doch von den Nachbarn Entsprechendes herübergeweht kommt? Die BRD liegt übrigens ganz gut im Rennen: Sie gibt und nimmt etwa gleichviel, Kanada und Schweden z.B. empfangen mehr den Dreck anderer. Irgendeine tiefe Erkenntnis muß mir entgangen sein, sonst dürfte ich mich doch nicht darüber wundern, daß die festgelegten Emissionswerte viel zu hoch sind aufgrund monokausaler Messungen. Man brücksichtigt einfach nicht, daß das Zusammenwirken schädigender Stoffe viel früjer Erfolg hat als die Wirkung des einzelnen eintritt. Ähnlich wunderbar scheint mir die Tatsache, daß seit über 50 Jahren Entschwefelungsverfahren bekannt sind (z.B. das Wirbelschichtverfahren - gemahlene Kohle wird durch Preßluft zum Schweben gebracht und verbrannt. Dabei entsteht herrlicher Gips, als Baumaterial gut zu gebrauchen...) - aber mangels Nachfrage nicht in Serie gebaut werden. Vielleicht ist das Ganze doch weniger Wunder, als vielmehr eine riesengroße, bald nie wiedergutzumachende Sauerei... □



HERBSTAKTIONEN

Blockaden im HERBST!

Ein Semester voller Koordinationstreffen der Friedensbewegung ist überstanden!! In groben Umrissen steht das Program für den "heißen Herbst" der Friedensbewegung gegen die "Nachrüstung. Zum vorläufigen Abschluß das Treffen autonomer Friedensgruppen am Sonntag in Bremen wo Großblockaden im Raum Bremerhaven vom 13.-15.Oktober beschlossen wurden.

Damit schließt sich ein Kreis von Vorbereitung und Auseinandersetzungen, der im April mit einer Bundesaktionskonferenz begann, wo es, neben dem einhelligen Beschluß zu einer "Friedensaktionswoche" vom 13.-15. Oktober, zu herber Konfrontation zwischen DKP-SPD-orientierten Gruppen und autonomen Friedensgruppen kam; die ersteren wollten für den 22.10. als Abschluß der Aktionswoche eine Großdemo in Bonn, die letzteren dezentrale Großblockaden.

Der ausgehandelte Kompromiß, Großdemo in Bonn und gleichzeitig je eine Blockade in Nord-und Süddeutschland, wurde auf dem folgenden regionalen norddeutschen Koordinationstreffen in Hannover (und schon auf dem Vorbereitungstreffen dafür) von den DKP-SPD-orientierten Gruppen in Frage gestellt. Plötzlich gab es neben der Bonner Großdemo auch noch 'ne Hamburger Großdemo, mit Dohnany als Hauptredener. Der Vorschlag der autonomen Gruppen zu Blockaden in Bremerhaven, als zentralem Waffen-und Munitionsumschlagplatz für NATO, Amerikaner und Bundeswehr, wo die Amerikaner noch weitstgehende Rechte besitzen, oder auch nur der Kompromißvorschlag am 22.10. gleichzeitig Demo in Hamburg und Blockade in Bremerhaven, wurde einfach per Mehrheitsentscheidung abgebügelt : die DKP-SPD-Mehrheit beschloß eine Großdemo in Hamburg(die süddeutsche Regionalkonferenz war zum selben Zeitpunkt in der Lage ,einen akzeptablen Kompromiß zustande zu bringen, wo es also am 22.10. zu einem Neben-und Durcheinander von Demos und direkten Aktionen kommen wird).

Die autonomen Gruppen riefen daraufhin zu einem eigenen Treffen vergangenen Sonntag in Bremen auf, um die Umgehensweise mit diesem Beschluß zu bereden. Die autonomen, in der Regel radikaleren Friedensgruppen stellen sicherlich eine Minderheit innerhalb der Bewegung dar, allerdings ein entschlossene was die Überzeugung anbetrifft, daß nicht mehr primär durch immer größere "Latsch"demos, sondern durch direktere Widerstandsformen gegen die neueste Phase der Nato-Vorrüstung vorgegangen werden muß. Konsequenz ist der Bremer Beschluß, vom 13.-15.Oktober militärische Einrichtungen und Anlagen im Raum Bremerhaven-Nordenham-Garlstedt per Blockaden dichtzumachen. Zur konkreten Vorbereitung dieser Aktionen wird es zum einen witere Koordinationstreffen in Norddeutschland geben, außerdem ein Friedenscamp vom 19.-21.August in Nordenham(gegenüberliegende Weserseite von Bremerhaven), wo man sich mit den Örtlichkeiten genauer vertraut machen kann.

Der AStA ruft hiermit auf, sich an Blockaden und direkten Aktionen vom 13.-15.10. im Raum Bremerhaven zu beteiligen. Da es sich um das letzte Ferienwochenende handelt, schlagen wir allen Interessierten vor, daß wir uns noch vor den Ferien treffen, am Donnerstag, 30.6., 18Uhr in der kleinen Mensa. Ein endgültiges Vorbereitungstreffen vorraussichtlich am 10.10.

erster TREFF: Do, 30.6. Kleine Mensa 18Uhr

"heißer Herbst" '83 :
- 13.-15.10. Blockaden Bremerhaven
- 15.-22.10. bundesweite Aktionswoche an allen Orten, mit unterschiedlichen Tagesschwerpunkten(Tag der Betriebe, der Frauen, der Schulen...)
- 22.10. Großdemo Bonn
  Großdemo Hamburg
  Demos und direkte Aktionen Raum Stuttgart

Auf dieser Seite drucken wir eine Resolution ab, die im Stupa mit 13 Stimmen dafür und 5 dagegen angenommen wurde:

In der Stupa - Sitzung vom 10.5. 83 wurde folgende Resolution verabschiedet:

1. In der Satzung der Studentenschaft der MHL, die im Jahre 1976 bei einer Urabstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde, heißt es in § 3 Abschnitt 2:
   "Die Studentenschaft nimmt insbesondere Folgende Aufgaben wahr
   a) umfassendes allgemeinpolitisches Mandat, politische, hochschulpolitische und kulturelle Interessenvertretung der Studierenden in- und außerhalb der Hochschule."

   Nach dieser Satzung arbeitet der ASTA, sowie das Stupa. Alle Gruppierungen erkennen sie bis jetzt als ihre Satzung an.

2. Das Stupa, sowie der ASTA werden jedes Jahr nach demokratischen und parlamentarischen Regeln gewählt. Jeder Student kann sich vor der Wahl die Programme der verschiedenen Gruppen durchlesen. Die Gruppen haben sich bis jetzt auch vor der Wahl immer eindeutig vorgestellt und ihr Programm bekannt gegeben.
3. Das Stupa wird gerade in Lübeck mit einer hohen Wahlbeteiligung gewählt. Die Mehrheit der Studenten drückt damit die Unterstützung der laufenden Arbeit des ASTA's aus.

Aus diesen Gründen verurteilt das Stupa jeglichen Versuch mit rechtlichen Schritten, die Arbeit des ASTA's zu behindern. Hierfür stehen demokratischen und parlamentarischen Wege zur Verfügung. Die nächste Wahl ist im Juni diesen Jahres.

Das Stupa fordert deswegen alle auf, vor Verfahren oder vor Einleitung von Verfahren wegen allgemeinpolitischem Mandat oder wegen Veruntreuung von studentischen Geldern abzusehen.

Eine Klage oder eine Aufforderung an höhere Institutionen zur Klage würde z.B. bedeuten, Polizei auf dem MHL - Gelände zwecks Durchsuchung der ASTA - Räume (s. Göttingen), Gerichtsverfahren gegen einzelne ASTA - Mitglieder zwecks Eintreibung von Bußgeldern. Dies würde evtl. sogar berufliche Konsequenzen für die einzelnen haben (Berufsverbot)).

Dies war und ist nicht das Ziel der politischen Auseinandersetzungen










AKTUELLES
SPRI-PU - Interview
mit dem ASTA:

SpriPu: Was ist an dem Gerücht wahr, daß der ASTA eine Telefonrechnung von 15oo DM erhalten hat, weil er direkt mit den Studenten aus El Salvador gesprochen hat, um die neusesten Infos zu erhalten?

ASTA : Kein Wort.

SpriPu: Dieses Gerücht hält sich aber an der MHL.

ASTA : Wir sehen da einen gewissen Zusammenhang.
1. mit der laufenden Stupa - Wahl, 2. mit der Aktion gegen das allgemein politische Mandat.
Wir können da nur aus sicherer Quelle gegensetzen, daß die Telefonrechnungen aus dem Bundeskanzleramt, sowie dem Außenministerium um einiges höher sind. Die Sekretärin von Birne hat auch auf Anfrage bestätigt, daß dies nicht daher kommt, weil Birne andauernd mit Nicaragua spricht, sondern eher von dem roten Telefon zu Regen und den direkten Verbindungen zu Pinochet.
Nicht zu vergessen, sind seine Verhandlungen mit der eisernen Lady.

NOTFALLMEDIZIN ALS KRIEGSMEDIZIN

"Wir haben bewiesen, daß Demokratie möglich ist!", so sprach Schildberg (Chirurgie-Prof.) auf dem Notfallseminar am Samstag, dem 25.6.83 in T 1 nachdem er den Redebeitrag des AStAs, ESG und der Grünen abgewürgt hatte.

Wie war es eigentlich zu einem Redebeitrag des AStAs gekommen, wo doch von einer Blockade, bzw. Nichtstattfindenlassen des kompletten Seminars die Rede war?

Schildberg und seine Organisatoren de Pay und Hohlbach fürchteten um die Ruhe der Wissenschaft. Vom Hausrecht Gebrauch machen, Mehlmützen und Wannen auf dem Gelände der MHL? - Das wollten sie nicht. Also blieb nur der Dialog; das hieß, Erweiterung des Programms um den Punkt: Argumente des AStAs. Was daraus wurde, s.o.

Jedenfalls hielt es einige Unverbesserliche von gestern nicht mehr auf ihren Plätzen und stürmten dem Ausgang entgegen, als ihnen die andere Seite der Notfallmedizin mal nähergebracht wurde.
Aber nicht nur die geladenen Gäste, auch die Vortragenden (Achilles, Clausen) fühlten sich angesichts der großen Anzahl kritischer Zuhörer, die überall, vor allen Dingen hinten im Hörsaal dichtgedrängt standen, nicht wohl.
Am Anfang der jeweiligen Beiträge war von Kürzungen aus organisatorischen Gründen die Rede; was im Klartext hieß, alle allzu provokativen Stellen waren zu streichen. Nur Ärztekammervorsitzende Retzlaff, die davon anscheinend nichts gehört hatte, trat dermaßen tief ins Fettnäpfchen, daß sie wohl heute noch mit der ranzigen Butter an ihrem Strumpfband zu kämpfen hat.
Es ging aber weiter. Sichtung, Triage standen auf dem Plan. Während Schildberg immer wieder beteuerte, zur Triage dürfe man es erst gar nicht kommen lassen, schäumte seinen Mitstreitern förmlich der Mund über vor lauter Sichtungen, Triages, Einteilung in di Kategorien I,II,III,IV.
Sie redeten von einer dynamischen Triage, propagierten, ein jeder müsse sie beherrschen und wurden sich zu keiner Minute bewußt, welch grausames und unethisches Instrument sie damit in ihren Händen halten.
Nie werden sie begreifen, was wir ihnen zu verstehen geben wollen. Es wird ihnen ja noch nicht einmal klar, daß ihr Seminar im Zusammenhang mit der allgemeinen Kriegsvorbereitung zu sehen ist und somit dieser dient.

Was war das nur für ein "Dialog"! Die väterlich integrierende Art Schildbergs, der jeden zu Wort kommen lassen wollte, wohlwissend, daß er sich damit in seinem Lager keine Freunde machen würde, drückt sich am besten im O-Ton aus: "Heute morgen haben sie geglaubt, daß er kleine Kinder frißt und jetzt ist er doch ein ganz netter Kerl" (über den Triagisten Suren)
Suren allerdings schien am Vormittag Kreide gegessen zu haben, später zeigte er sein wahres Gesicht.
Alles in allem war unsere Stimmung nach dieser unrühmlichen Veranstaltung eher gedämpft.
Wir hatten uns auf ihre Ebene begeben und wieder einmal erfahren, was dieses Forum wert ist: Noch nicht einmal das Schwarze unterm Fingernagel!

DER HAMMER !

STU-PA WAHL



Die Wähler haben entschieden! Nicht nur, daß sie dem Linken Bünd[...] zu 13 Plätzen im STU-PA bei einer Wahlbeteiligung von 47% verholfe[...] haben, sondern, was viel wichtiger ist, sie wollen, daß der AStA w[...] terhin das allgemeinpolitische Mandat wahrnimmt. Vençeremos!

Das bei dieser Wahl Oberdenunziant Uwe Peters so in den Brunnen fal[...] len würde, haben auch wir uns nicht gedacht. Dem Wähler sei Dank!

Hier nun die vollständige Auflistung der neuen Mitglieder im Studenten-Parlament und der Ersatzbewerber:

1. Peter Otzen/Martina Schellbach	1o2	Stimmen	...... unabhängi[g]
2. Fidi Burfeind/Martin Drissen	67	"	...... LI-BÜ
3. Andreas Gathen/Wolfgang Duckeck	66	"	...... LI-BÜ
4. Michael Meyer/Ulrike Weißenfels-Meyer	61	"	...... unabhängig
5. Hanno Schwalm/Thomas Wentz	59	"	...... LI-BÜ
6. Robert Kuhlmann/Antje Schüren	56	"	...... LI-BÜ
7. Frauke Gnutzmann/Silvia Oberpenning	52	"	...... LI-BÜ
8. Kirsten Bödeker/Reinhard Hovestadt	50	"	...... LI-BÜ
9. Thomas Pemöller/Henning Marth	48	"	...... LI-BÜ
10. Iris Grez/Sabine Cornelius	47	"	...... Stark
11. Hauke Nielsen/Harald Ritschl	46	"	...... Stark
12. Anne Ihle/Annette Becker	42	"	...... LI-BÜ
13. Wolfgang Broxtermann/Martin Zwaan	41	"	...... LI-BÜ
14. Gert Santjer/Norbert Oevermann	41	"	...... unabhängig
15. Magret Oethinger/Jörg Kröhn	39	"	...... LI-BÜ
16. Katharina Tappe/Peter Oehlert	37	"	...... LI-BÜ
17. Hans-Peter Modlmayr/Tobias Nitsch	32	"	...... unabhängig
18. Jochen Draewe/Christian Wantzen	31	"	...... LI-BÜ
19. Burkhard Meyer/Jörg Berger	30	"	...... unabhängig
20. Dirk-Justus Hentschel/Joachim Haritz	30	"	...... Stark
21. Jürgen Bense/Jochen Weyhenmeyer	29	"	...... LI-BÜ (Los)

Ersatzbewerber:

Michael Heise(29, Los , Stark), Susanne Schümann(29,Los, Stark) Uwe Peters(27,Stark), Anne Schmidt(26, unabh.), Hartwig Mumperow (25, Stark), Olaf Jansen(19,unabh.), Ute Schmedemann(15, Stark) Jörg Schiller(15, Stark), Eckehard S[...]



Kleinanzeigen



Inseriert im Spri Pu - kostenlos

Schlafsack, Caravan zu verkaufen, synth „Sport" (das spricht für sich!) Tel: 04505/671

Verkaufe Bücher Siegenthaler Pathophy. Hegglin Diff. Diagn. Tel. je 100.- wie neu! 690113

Nicaragua-kaffee 500g 9.50 DM im Asta; solange der Vorrat reicht

Altes Motorrad (MZ) billig abzugeben Tel.: 32268

Suche nette WG zum 1.8. od. 1.9. Simone Drews 0551/67589 od. bei Suse Matthies Lübeck; 43000→Tel.

Wer macht im Aug. 84 2. Staatsexam. und tauscht von Lübeck nach Kiel (Lehrkrankenhäuser: Kiel, Rendsburg, Flensburg, Schleswig, Itzehoe, Heide, Niebüll) Melden bei Klaus Poddig Weißenburgstr. 45 2300 Kiel Tel: 0431/14457

Suche liebevollen Dackelpfleger für Wochenenden und stundenweise. Dackel heißt Nickel. Tel.: 598813

Suche Haus für WG billig, schön, gut gelegen Tel.: 598813

Nette junge Dame, kritisch links orientiert, spontan gesucht für gemeinsame Gestaltung des Gyninternats vom 30.1. - 5.2.84. Chiffre (Spri-Pu-Fach)

Inseriert im Spri-Pu -kostenlos-